

MARIO CANDEIAS

EIN FRAGWÜRDIGER WELTMEISTER: DEUTSCHLAND EXPORTIERT ARBEITSLOSIGKEIT

**VOM EXPORTISMUS UND WACHSTUMSFETISCH ZU EINER
ÖKOLOGISCHEN «REPRODUKTIONSÖKONOMIE»**

«3. Tagung des 17. Zentralkabinetts der Zweiten Republik beschließt Wachstumsbeschleunigungsgesetz», meldet die taz am 10.11.09, 20 Jahre nach dem Untergang der vermeintlich «real-sozialistischen Alternative». Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist die erste Maßnahme der neuen Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP. Wachstumsmotor soll wieder der Export werden. Doch auch der deutsche Exportismus (Ngai-Lin Sum) immer weiter steigender Exporte bei dahinsiechender Binnennachfrage wird sich – ebenso wenig wie in China – nicht einfach restaurieren lassen. Ökologische, v. a. aber ökonomische Grenzen und Ungleichgewichte sprechen dagegen.

GRENZEN DES WACHSTUMS

Obwohl seit dem Beinahe-Zusammenbruch der Finanzmärkte immer wieder der Zusammenhang der multiplen Krisen,¹ von ökonomischer und ökologischer Krise betont wird, gibt es aus Sicht der Bundesregierung – als selbst erklärte Klimavorreiter und angesichts des gescheiterten Weltklimagipfel in Kopenhagen sowie kurz vor dem nächsten Klimagipfel in Bonn – nur einen Weg aus der ökonomischen Krise: durch Wachstum.

Selbst die globale Wirtschaftskrise sorgte nur für eine minimale Dämpfung des CO₂-Ausstoßes: die Emissionen wuchsen 2008 um zwei, 2009 um 2,8 Prozent. In den Jahren zuvor wurden trotz 30 Jahren Umweltpolitik und effizienterer Technologien der Ausstoß klimarelevanter Gase und der Verbrauch von Rohstoffen nicht nur nicht reduziert, sondern sogar beschleunigt. Laut Weltklimarat IPCC entspricht dies dem Worst-Case-Szenario einer drohenden Erwärmung um sechs Grad Celsius – das Zwei-Grad-Ziel eines vermeintlich noch beherrschbaren Klimawandels ist bereits verfehlt. «Jeder Versuch, kapitalistisches Wachstum wieder in Gang zu bringen – mithin auch der Green New Deal – steht im direk-

ten Widerspruch zur Lösung der Biokrise», so Stephan Kaufmann und Tadzio Müller in einer im Auftrag der RLS jüngst erschienenen Studie zum «grünen Kapitalismus» (2009).

Doch auch das Hoffen auf einen Green New Deal, der Kapitalinteressen und ökologische Notwendigkeiten harmonisch verbindet, ist unrealistisch. Angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse setzt sich wahrscheinlich ein «grüner Kapitalismus» durch, der marktförmige Instrumente und technische Lösungen favorisiert. Dies eröffnet die händeringend benötigten Investitionsfelder für das nach Anlagemöglichkeiten suchende Kapital, indem Natur und Umweltschutz zur Ware werden, ihnen ein Preisschild angeheftet wird, während nicht-profitable Bereiche vernachlässigt werden. Das Elektro-Auto bspw. bietet Automobilkonzernen eine neue Perspektive, ändert allerdings nichts an der Struktur des Individualverkehrs, der Versiegelung der Landschaften, dem enormen Verbrauch von (z. T. hoch giftigen) Ressourcen wie Lithium. Ziele des GND sind Wachstums- und Exportförderung, was letztlich den Ressourcenverbrauch nicht begrenzt. Ungleichgewichte und Konkurrenz in der Weltwirtschaft schreiben sich fort oder werden verschärft. Die Erfahrungen mit Klimaverhandlungen und Zertifikatehandel zeigen: es dauert zu lange. Erfolgt der ökologische Umbau zu langsam, droht die Verschärfung von Umwelt- und sozioökonomischen Folgekrisen. Wird der Umbau wirklich konsequent betrieben, werden z. B. Emissionsrechte drastisch reduziert, ist eine Vernichtung alter Branchen und Kapitale (und entsprechende Gegenwehr) unvermeidlich. Ohne ökonomische Krisen und Brüche wird es nicht gehen. Es gibt keinen sanften Übergang.

1 Mario Candeias: The Last Conjuncture. Organic Crisis and «postneoliberal» Tendencies, policy paper 4/2009, Rosa-Luxemburg-Stiftung; Institut für Gesellschaftsanalyse: Die Krise des Finanzmarktkapitalismus – Herausforderungen für die Linke, in: *kontrovers* 1/2009, Rosa-Luxemburg-Stiftung.

«Es kann keine ökologische Ökonomie geben ohne «Wachstumsbefriedigung», so auch Wolfgang Sachs vom Wuppertal Institut in einer Debatte um den Green New Deal in der Zeitschrift LuXemburg (H. 1, 2009, 148). Doch, fährt er fort, «wer das Wachstumskapitel in unserem Buch liest, wird feststellen, dass sich dort mehr Fragen als Gewissheiten finden. Vielleicht ist es uns kunstvoll gelungen, dies zu verschleiern. ... Auf diese Fragen haben wir keine Antwort» (ebenda). Faktisch betrug das jährliche Wachstum der deutschen Wirtschaft zwischen 2001 und 2007 allerdings durchschnittlich nur noch 1,1 Prozent. Die Tendenz seit den 1970er Jahren: fallend. Schluss mit Wachstum. Aus ökologischer Sicht muss die stoffliche Produktion schrumpfen. Aber, ... ist Kapitalismus ohne Wachstum überhaupt möglich? Kapitalverwertung basiert auf Produktion eines wachsenden Mehrwerts, also Ausbeutung, und *fortwährender* Akkumulation, also Wachstum. Eine relative Abkopplung vom stofflichen Wachstum ist möglich, eine absolute nicht. Doch Systemwechsel – wie geht das? Kann uns ein qualitatives oder selektives Wachstum retten? Und wie sind Übergänge einer sozial ökologischen Transformation denkbar?

GRENZEN DES EXPORTISMUS

Deutschland ist seit Beginn des 21. Jh. (wieder) Exportweltmeister (zumindest bei Berücksichtigung der Wechselkurse; in Pro-Kopf-Relationen sowieso). 2008 wurden Waren im Wert von mehr als 1,15 Bio. Euro im Ausland abgesetzt. Der Handelsbilanzüberschuss summierte sich auf nahezu 200 Mrd. Euro. Der vermeintliche Erfolg beruht nicht nur auf technologischen Vorsprüngen, hoher Qualität der Produkte – insbesondere Produktionsgütern – und hoher Produktivität. Nein, eher muss von der Erschöpfung der neuen Produktivkräfte gesprochen werden: So wurden in den letzten Jahren neue Formen der Arbeitsorganisation zurückgeschraubt, sie erreichen ihre Grenzen. Von Kapitaleseite erfolgt ein Rückbau von Autonomiespielräumen, Verschärfung von Kontrolle, Intensivierung und Prekarisierung der Arbeit sowie Ausbeutung. Auf Seite der Lohnabhängigen führt dies zu breiter Demotivierung und Kreativitätssperren, sowohl durch die Selbstausschöpfung in flexiblen, enthierarchisierten Arbeitsverhältnissen, als auch durch die engen Grenzen der betrieblichen Vorgaben und Despotismus (vor allem im Niedriglohnsektor) oder mangelnde Perspektiven. Dies bedeutet in vielen Fällen Erschöpfung, Verunsicherung, burn out, mangelnde Requalifizierung. Im Ergebnis liegt die Arbeitsproduktivität in den letzten zehn Jahren – trotz New Economy Boom – in Deutschland unter 2 Prozent, fluktuiert meist um 1 Prozent. Die Kapitalproduktivität entwickelt sich noch schlechter: von 1980 bis 1992 konnte sie noch deutlich gesteigert werden, mit der Rezession Anfang der 1990er fiel sie dann wieder dauerhaft und konnte erst mit dem New Economy Boom noch einmal kurzfristig gesteigert werden. Seit der Krise 2000/2001 fällt sie deutlich ab (erreichte das Niveau von 1979). Die Potenziale der neuen Produktivkräfte lassen sich unter den neoliberalen Produktionsverhältnissen nicht weiter realisieren.

Vielmehr resultiert der Konkurrenzvorteil aus jahrzehntelang praktizierter Lohnzurückhaltung, während überall sonst die Lohnstückkosten steigen.² Im Grunde genommen beruht der deutsche Exporterfolg auf Lohndumping: seit 1990 stagnieren die Reallohne, auch im Boomjahr 2007/8. In keinem euro-

päischen Land ist der Niedriglohnsektor so rasant gewachsen – er hat mit etwa 25 Prozent aller Arbeitsplätze und mit Bezug auf die Abstände zum Durchschnittslohn US-Niveau erreicht. Die damit verbundene Prekarisierung übt – nicht zuletzt über den Einsatz von Leiharbeit – einen enormen Lohndruck auch auf die Kernsektoren industrieller Arbeit aus. Der Lohnanteil am Gesamteinkommen in Deutschland liegt 2009 5,6 Prozent niedriger als 1999, während sich die Unternehmenssteuersätze fast halbiert haben. Der Konsum spielt als konjunkturelle Stütze daher kaum eine Rolle, ganz anders als in den USA. Während sich der Export in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt hat, wird das Wachstum der Inlandsnachfrage von unter 2 Prozent von der Inflation vollständig aufgezehrt. Ihr Beitrag zum realen Wirtschaftswachstum lag zwischen 2001 und 2007 bei durchschnittlich 0,11 Prozent pro Jahr. Zeitgleich zum Erzielen des fragwürdigen Weltmeistertitels brechen die Inlandsinvestitionen ein: von 22 Prozent auf 17 Prozent des jährlichen BIP. Die Bruttoanlageinvestitionen trugen damit im gleichen Zeitraum -0,1 Prozent zum Wirtschaftswachstum bei. Das deutsche Lohndumping zerstört die Wettbewerbsfähigkeit anderer Länder. Das deutsche Wirtschaftswachstum lebt nur von der ausländischen Nachfrage, einer Nachfrage die in diesen Ländern fehlt – faktisch exportiert Deutschland Arbeitslosigkeit.³

Ergebnis dieser einseitigen Entwicklung ist die Summierung deutscher Überschüsse seit 2001 auf abenteuerliche 1 Bio. Euro. Eine Plethora an Kapital, die nicht so sehr in den sogenannten Emerging Markets investiert werden, sondern ganz überwiegend in «innovative» Finanzanlagen wie Credit Default Swaps (derivative Kreditausfallversicherungen), Credit Backed Securities und Subprime-Kredite (Kreditverbriefungen) oder Staatsanleihen. Der Aufbau enormer Nettokapitalforderungen gegenüber dem Ausland trägt – ebenso wie in China – zu den riesigen Leistungsbilanzungleichgewichten in der Welt bei. Defizitländer wie Portugal, Irland, Griechenland, Großbritannien oder die USA können sich bei historisch außergewöhnlich niedrigen Kapitalmarktzinsen verschulden, weil Überschussländer die notwendige Liquidität nach Anlage suchenden Kapitals bieten.

Die USA spielen dabei die entscheidende Rolle: Seit Jahrzehnten polarisieren sich die Reallohne in den USA, mit stagnierenden bis sinkenden Einkommen bei unteren Einkommensgruppen. Um Lohneinbußen zu kompensieren, müssen mehr Familienmitglieder arbeiten, die Einzelnen müssen mehrere Jobs gleichzeitig ausüben. Um das Konsumniveau zu halten oder sogar auszuweiten werden zusätzlich – dank des niedrigen Zinsniveaus – Kredite aufgenommen. Mit den sog. Sub-Prime-Krediten werden sogar denen Hypothekenkredite aufgedrängt, die mangels Einkommen oder unsicherer Jobperspektiven sich eigentlich keine Immobilien leisten können. Im Ergebnis steigt der Anteil der Schulden im Verhältnis zu den Nettohaushaltseinkommen von ca. 70 Prozent in den 1970er Jahren auf ein Rekordniveau von 130 Prozent. Mehr und mehr ist die amerikanische Arbeiterklasse überar-

² Durchschnittliche Reallohnentwicklung 2000–2008: BRD -1 Prozent, Polen u. Griechenland +40 Prozent, Großbritannien +26 Prozent, Dänemark +19 Prozent, Frankreich +10 Prozent, Spanien +4,5 Prozent, USA +19 Prozent, Brasilien ca. +8 Prozent; In China +14 Prozent – pro Jahr! ³ Ein Land strebt einen Exportüberschuss an, weil es dann mehr produzieren (und damit Menschen beschäftigen und Einkommen erzielen) kann, als es aus eigener Kraft konsumiert. Das ist vor allem für die Unternehmen attraktiv. Sie müssen nicht so hohe Löhne zahlen, wie nötig wären, damit Lohnabhängige gesamtwirtschaftlich betrachtet auch das kaufen können, was sie selbst produzieren.

beitet, erschöpft und überschuldet. Über steigende Konsumausgaben auf Pump finanziert realisieren die USA aber nicht nur vergleichsweise hohe Wachstumsraten von durchschnittlich 4 bis 6 Prozent, sondern entwickeln sich auch zum unverzichtbaren »globalen Konsumenten«, der die Nachfrage auf den Weltmärkten stützt und sowohl in aufstrebenden Ländern der ehemaligen Peripherien als auch in den Exportnationen Deutschland, China und Japan so das Wachstum stabilisiert. Bekanntermaßen platze 2007 die auf Überschuldung basierende Finanzblase mit steigendem Zinsniveau.⁴ Infolge der Krise wird der Exportweltmeister besonders hart getroffen. Kaum ein anderes Land ist so abhängig vom Export: ca. 45 Prozent des BIP hängen davon ab (Exportquoten zum Vergleich: China 25 Prozent, Japan ca. 17 Prozent, Brasilien 12,5 Prozent, USA 11 Prozent).⁴ Die wichtigste Exportbranche, der Maschinenbau, kämpft 2008/2009 mit Auftragseinbrüchen von über 50 Prozent, die Automobilindustrie mit über 34 Prozent, Chemie 27 Prozent. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum bricht um fast 6 Prozent ein. Besonders betroffen sind die Kernregionen der Industrie im Süden (-7,5 Prozent). Die Regierung reagiert mit einem Konjunkturprogramm, Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und einer sogenannten Abwrackprämie für Autos, um Absatz und Beschäftigung zu stabilisieren.

FEHLENDE UMORIENTIERUNG AUF DEM WEG ZUR GLOBALEN STAGNATION

Doch es fehlt an einer Perspektive für das deutsche Export- und Wachstumsmodell. Der größte Teil der deutschen Exporte, über 75 Prozent, geht in europäische Länder, davon fast 65 Prozent in EU-Länder. Dank der Währungsunion besteht zu den meisten Ländern kein Wechselkursproblem. Allerdings zeigt sich gerade in der Krise, wie stark die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU zugenommen haben.

In den *Defizitländern* können Wettbewerbsnachteile durch keine Währungsabwertung kompensiert werden.⁶ Ohne Löhne und staatliche Ausgaben dramatisch beschneiden zu müssen bleibt nur die attraktive Möglichkeit der Verschuldung angesichts des immensen Kapitalexports von Seiten der Überschussländer. Die langjährige kreditfinanzierte Nachfrage von Konsumenten und Regierungen der Defizitländer stützt den deutschen Exportboom und damit ein bescheidenes Wachstum. Nun fordert die deutsche Regierung die Konsolidierung der überschuldeten Länder, was neben Griechenland, Portugal, Irland, und Spanien, vor allem Italien und Großbritannien betreffen müsste. Doch wenn sie alle zu harten Sparmaßnahmen und Lohnkürzungen gezwungen sind, um Wettbewerbsfähigkeit und Kreditwürdigkeit wieder herzustellen, was vor Ort unweigerlich zu einer wirtschaftlichen Stagnation führt (vgl. *mehring 1'*) – kaufen sie auf Jahre hinaus weniger deutsche Exportgüter.

Besonders wichtig sind für Deutschland Exporte in *wirtschaftliche starke Länder* wie Schweden, Dänemark, Finnland, Frankreich oder Kanada – auch ihnen gegenüber vergrößerte sich der Handelsüberschuss um ein Vielfaches.⁸ Selbst gegenüber den Niederlanden erzielt Deutschland mittlerweile Überschüsse. Diese Länder sind jedoch selbst stark exportorientiert. Bei schwacher weltwirtschaftlicher Nachfrage bleibt auch von dieser Seite die Nachfrage nach deutschen Exportgütern gering.

Die USA ist nach Frankreich noch immer der zweitgrößte Exportmarkt für deutsche Unternehmen, auch wenn der Anteil der USA am deutschen Export von 10 auf 7,5 Prozent sank (Dollarraum insgesamt etwa 10 Prozent). Hier trübt der tendenziell steigende Wechselkurs des Euro zusätzlich die Exportaussichten.⁹ Also konzentrieren sich die Hoffnungen auf jene zwei Regionen, die zuletzt das größte Exportwachstum für Deutschland brachten: Osteuropa und China. Dabei hatten die neuen osteuropäischen EU-Staaten mit 13,9 Prozent übrigens einen höheren Anteil am deutschen Export als Asien mit ca. 11,2 Prozent. *Osteuropa* wurde allerdings besonders hart zunächst von der Finanzkrise, anschließend von der Automobilkrise und der Rezession in den westlichen EU-Ländern, getroffen (vgl. Becker 2009). Die extreme Abhängigkeit Osteuropas vom (von transnationalen Konzernen dominierten) Export macht es angesichts der Stagnationstendenzen im Westen Europas unwahrscheinlich, dass dort demnächst massenweise deutsche Produktionsgüter nachgefragt werden. Der starke Anstieg der Löhne und Lohnstückkosten (siehe Fußnote 2) in den letzten Jahren hat die Standorte zusätzlich unattraktiver werden lassen.

Auch die Hoffnungen, wenigstens *China* möge den Exporteinbruch abfangen, wurden enttäuscht: Wenn der »globale Konsument« USA mit einem Weltimport-Anteil von 16,5 Prozent krisenbedingt ausfällt, wird auch die Dynamik in China beeinträchtigt. Die These von der Abkopplung der Weltkonjunktur von der Krise in den USA hat sich blamiert. Die Krise schlägt überall zu, am stärksten in den exportorientierten Ökonomien. China hat selbst mit einer Immobilien- und Kreditblase zu kämpfen. Der nachlassende Konsum in Europa und v. a. in den USA (letztere sind mit über 20 Prozent der größte Abnehmer chinesischer Exporte) lässt die Nachfrage nach billigen Massenprodukten zurückgehen. Doch China hat rasch mit einer Umorientierung begonnen: Ein über 450 Mrd. Dollar schweres Konjunkturprogramm und eine Vervielfachung neuer Kredite im ersten Halbjahr 2009 auf über 770 Mrd. Dollar zeigen Wirkung. Investiert wurde in öffentliche Infrastrukturen, im Verkehrsbereich, in Gesundheit, in soziale Leistungen und ökologische Technologien, nicht zuletzt in den ärmeren westlichen Regionen. Der Erfolg ist beeindruckend: bei allem Zweifel über offizielle Wachstumsraten ist angesichts des globalen Nachfrageeinbruchs ein Plus von 8 Prozent im zweiten Quartal 2009 überraschend viel. China setzt damit in Ansätzen auf qualitatives binnenorientiertes

⁴ Zu den Ursachen der Krise vgl. Mario Candeias, Rainer Rilling (Hrsg.): *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin 2009. ⁵ Die Nettoexportquote liegt bei 5,7 Prozent; in Japan bei 1,5 Prozent, China 1 Prozent, in den USA bei minus 6 Prozent. Branchen mit hohem Exportanteil (2009): Chemie 80 Prozent, Maschinenbau 66 Prozent, Fahrzeugbau 50 Prozent. ⁶ Zur Griechenlandkrise vgl. <http://ifg.rosalux.de/2010/05/06/griechenland-entschulden/> ⁷ <http://ifg.rosalux.de/2010/05/13/schuldenkrise-die-lust-am-selbstmord/> ⁸ Steigerung des Handelsbilanzüberschusses von 1998–2007 mit: Schweden 165 Prozent, Dänemark u. Finnland 225 Prozent, Frankreich u. Kanada 270 Prozent, Italien 540 Prozent. Mit den sog. Schwellenländern bestehen meist kleine Handelsbilanzdefizite. ⁹ Der deflationäre Druck innerhalb der EU mindert zwar die Aufwertungstendenz, gerade angesichts der Eurokrise zu Beginn des Jahres 2010 (vgl. *mehring 1'*). Die Aufwertungstendenz bleibt aber bestehen, da der US-Dollar angesichts der noch viel höheren Defizite der USA und einer Schwemme von US-Staatsanleihen durch den Druck der Märkte, aber auch gezielt politisch abwerten wird. Die USA müssen kurzfristig für Anleihen in Höhe von 1,6 Bio. Dollar Abnehmer finden – im gesamten Jahr 2010 insgesamt schätzungsweise 2.550.000.000.000 Dollar (2,55 Bio.) – eine Flut von Staatspapieren, die nicht einmal China schultern kann. Täglich kauft China rund 1 Mrd. Dollar an. Doch die Volksrepublik verkaufte kürzlich US-Anleihen im großen Stil: Papiere von mehr als 34 Mrd. Dollar wurden abgestoßen. Nun ist China mit 755 Mrd. Dollar nur noch zweitgrößter Eigentümer von US-Staatsanleihen hinter Japan. Moody's – selbst tief in die Ursachen der Finanzkrise verstrickt – droht bereits mit der Abwertung des Ratings für US-Staatsanleihen. Die Schwarzseher unter den Finanzanalysten warnen vor einer Staatspleite ganz anderer Größenordnung als Griechenland.

Wachstum, stärkt Reproduktionsbedingungen, verstärkt soziale Maßnahmen – bei z. T. verschärfter Repression von sozialen und vor allem ethnifizierten Unruhen.

Zum Vergleich: Die Bundesrepublik, die als Exportweltmeister (Kopf an Kopf mit China) besonders in der Pflicht stünde und es sich angesichts relativ ausgeglichener Haushaltslage auch leisten könnte, hätte, um ein vergleichbares Konjunkturprogramm aufzulegen, 495 Mrd. Dollar aufwenden müssen statt der realen ca. 50 Mrd. Euro.

Doch die Hoffnung, China möge die USA als Wachstumsmotor ablösen, erweist sich vorerst als verfrüht: China wie der Rest der Welt bleibt fest vom Schicksal des «globalen Konsumenten» abhängig und umgekehrt. Die neue Produktionsweise ist eben transnational verwoben, mehr als je zuvor.

Auch sind mit der Entwicklung in China weitere Risiken verbunden: die Börsen boomen wieder, die Wirtschaft wird quasi administrativ mit Krediten überschwemmt, was erneut zu Spekulationsblasen und einem Berg fauler Kredite führen kann, wenn die globale Konjunktur nicht anspringt und das Ausgabenniveau nicht längerfristig gehalten werden kann. Dann führt der Geldsegen zu kurzfristiger Inflation und sozialen Spannungen – wie bereits in den vergangenen Jahren. Nach wie vor ist die extrem exportlastige Ausrichtung Chinas nicht wirklich angegangen worden. Gegengesteuert wird nur in homöopathischen Dosen, bei Krediten und Wechselkursen. Hier liegt das ökonomische Hauptproblem, denn in den USA werden die Privathaushalte in Zukunft weniger konsumieren, die Importnachfrage sinkt dramatisch – Chinas Abhängigkeit vom globalen Konsumenten wird über einen langen Zeitraum negative Folgen zeigen, sofern es nicht gelingt eine stärker eigenständige Entwicklung voranzutreiben. Von einer weltwirtschaftlichen Erholung in den USA ist nicht viel zu sehen, die Unsicherheiten dominieren (vgl. *mehring1*). Und die globalen Ungleichgewichte bei Handels- und Kapitalströmen, wesentliche Ursache dieser Krise, können auch nicht weiter ignoriert werden, ohne die nächste Krise zu provozieren: China und Deutschland müssen – wie auch andere Überschussländer – weg vom exportistischen Wachstumswahn.

Entsprechende Kritik an den daraus entstehenden makroökonomischen Ungleichgewichten kommt nicht nur von den Defizitländern, sondern auch von der EU-Kommission oder Frankreich: nicht nur für Griechenland oder Irland, auch für Deutschland werden nun «Strukturreformen» zur Stärkung der Binnennachfrage gefordert. Stattdessen verlangen die beiden Exportweltmeister, dass die USA und andere Defizitländer weiter ihre Waren kaufen sollen, dabei aber die unverantwortliche Kreditaufnahme beenden. Da ihre Überschüsse jedoch Defizite anderer notwendig machen, ist ihre Position ebenso unlogisch, wie die Position der USA illusorisch, durch Verdopplung (!) der Exporte aus der Krise zu kommen – wohin sollen die Exporte denn gehen? Nur die Abwertung des Dollar könnte die US-Wettbewerbsfähigkeit rasch verbessern – aber sicher nicht ausreichend (dies wird durch die aktuelle Euro-Schwäche gerade konterkariert). Angesichts einer verbreiteten Orientierung zum Abbau der in Folge der Krise exorbitant gewachsenen Staatsschulden, enormer Überkapazitäten und stagnierender Nachfrage sind in den nächsten Jahren stark deflationäre Tendenzen zu erwarten. Gleichzeitig befördern die mangelnden Profitaussichten eine bisher kaum abgebaute finanzielle Überakkumulation, eine asset price inflation

(Wertpapier- und Aktienkurs-Inflation), sowie neue Spekulationsblasen. Außerdem steigen die Öl- und Ressourcenpreise aufgrund abnehmender Vorräte. Kein Ende der Krise ...

Und dies vor dem Hintergrund, dass die Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter seit 15 Jahren immer weniger gewährleistet ist. Die BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) spricht vom «Mythos ökonomischer Erholung» nach einer Krise: «Wenn die Wirtschaftsleistung sinkt, tendiert sie dazu, nach der Erholung weit unter ihrem vorherigen Niveau zu bleiben».¹⁰ Insbesondere in Ländern mit starker Liberalisierung von Kapitalverkehr und Finanzmärkten vollzog sich die wirtschaftliche Erholung langsamer. Nach jeder Finanzkrise müsse mit langen Erholungsphasen gerechnet werden, oft zu lang, um zum alten Niveau zurückzukehren, bevor die nächste Krise hereinbricht – wie in den USA nach 2001. Dieser Mythos ökonomischer Erholung bringt es mit sich, dass steigende Renditen nur noch durch fortwährende Umverteilung zulasten der Lohnabhängigen, des Staates und der national oder regional beschränkten Kapitale realisierbar sind, während immer größere Bereiche gesellschaftlich notwendiger Arbeit, der öffentlichen Infrastrukturen, der sozialen Dienste austrocknen. Während die Überakkumulation nicht nachhaltig abgebaut werden kann, sich nicht ausreichend neue Investitionsfelder eröffnen, spitzt sich eine Reproduktionskrise des Gesellschaftlichen zu, die auch die Grundlagen der Akkumulation selbst gefährdet (mangelnde Infrastrukturen, mangelnde Qualifikationen, mangelnder Zusammenhalt, mangelnde Profitaussichten etc.).

KONVERSION UND REVOLUTIONÄRE REALPOLITIK

Ein Systemhopping gibt es nicht. Es braucht also transformatorische Schritte und realisierbarer Einstiegsprojekte, die sofort umsetzbar sind, unmittelbar die Bedingungen der Einzelnen verbessern können, bzw. für Menschen, die etwa von (notwendigen) Arbeitsplatzverlusten bei einem solchen Umbau bedroht werden, Übergänge schaffen. Zugleich müssen diese Sofortmaßnahmen eine Perspektive aufweisen und die nächsten Schritte andeuten – hin zu einer weitgehenden ökologischen und sozialistischen Transformation der gesamten Gesellschaft.

Die Debatte um die Rettung der GM-Tochter Opel kann hier als Beispiel für ein solches Einstiegsprojekt dienen: Angesichts der globalen Überkapazitäten in der Automobilbranche, der starken Exportabhängigkeit, der Verlagerung von Standorten und ökologischer Probleme wird deutlich, dass es neue Strategien braucht. Auch die Beschäftigten spüren, dass Beschäftigungssicherung nicht möglich sein wird ohne tiefgreifende Transformation des Konzerns, mithin der gesamten Branche. Die staatliche Kapitalhilfe hätte an Konzepte alternativer Entwicklungswege und Konversion geknüpft werden können. Es wäre denkbar gewesen, Beteiligungen am Eigentum zur Bedingung zu machen oder Unternehmen vollständig zu vergesellschaften. Die Beteiligung hätte die Form von erweiterter Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften und Regionen haben können, z. B. in regionalen Räten, die über konkrete Schritte einer Konversion des Automobilkonzerns in einen ökologisch orientierten

¹⁰ Cerra, Valerie, a. Sweta Charman Saxena, *Growth dynamics: the myth of economic recovery*, BIZ Working Papers Nr. 226, Basel 2007, 16

Dienstleister für öffentliche Mobilität entscheiden. Eine sozial-ökologische Konversion ist sicher nicht von heute auf morgen zu erreichen und nicht jeder Arbeitsplatz im bestehenden Unternehmen zu retten – da die Kapazitäten der Automobilindustrie insgesamt schrumpfen müssen. Um möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten wäre die Erfahrung mit der Vier-Tage-Woche (28,8 Std.) kritisch aufzugreifen und die Debatte um eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung neu aufzurollen. Die Interessen der Beschäftigten hätten so gewahrt, aber dennoch die Weichen für eine soziale und ökologische Konversion gestellt werden können.

Konversion heißt nicht einfach nun Elektroautos oder Windräder zu bauen, sondern eine ganze Palette neuer Produkte, Technologien und gesellschaftlicher Bedürfnisse hervorzu- bringen (neue Mobilitätskonzepte, neue Formen von Leben und Arbeiten, der Energienutzung, des Konsums etc.). Dies ist einzelbetrieblich nicht zu leisten sondern erfordert einen tiefgreifenden Strukturwandel. Eingebettet in eine makroökonomische Orientierung würde Konversion dann bedeuten, unsere wachstumsorientierte kapitalistische Ökonomie in eine *«Reproduktionsökonomie»* zu transformieren, die sich zu beschränken weiß und zugleich neuen Reichtum schafft. Konzentrieren wir uns auf eine bedürfnisorientierte solidarische *«Care Economy»*, in der Menschen füreinander sorgen: soziale Infrastrukturen öffentlicher Gesundheit, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährung (sozialer Ernährung), Pflege und Schutz unserer natürlichen Umwelten. Das sind zentrale Bedürfnisse, deren unzureichende Befriedigung alle seit Jahren beklagen. Reproduktionsökonomie beutet auch, dass sich Bedürfnisse und Ökonomie *qualitativ entwickeln, aber nicht mehr quantitativ wachsen*.

Das wäre ein Beitrag zu einer wirklich ökologischen Produktions- und Lebensweise: die Arbeit mit Menschen und am Erhalt der Natur bringt wenig Umweltzerstörung mit sich. Die Krisen von Arbeit und Reproduktion könnten so bearbeitet werden – schon jetzt sind dies die einzigen Bereiche mit kontinuierlichem Beschäftigungsaufbau. Eine emanzipative Gestaltung der Geschlechterverhältnisse wäre so möglich; und die Entwicklung einer Praxis des »buen vivir« (guten Lebens), wie sie nicht nur in Lateinamerika erprobt wird. Damit geht eine Orientierung auf Binnenmarkt und -produktion einher. Die Tendenz zu Deglobalisierung und Regionalisierung der Wirtschaft trägt auch zum Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten und der Exportfixierung bei. Mit dem (nicht-warenformigen) Ausbau des Öffentlichen werden Märkte und Privatisierung zurückgedrängt. So wären die Interessen von Automobilarbeitern, Gewerkschaften, der Beschäftigten des öffentlichen Sektors, von Frauen (Bewegung) und Arbeitslosen (durch Ausbau sozialer Infrastrukturen und Beschäftigung), von Bewegungen, der Menschen in den betreffenden Regionen, der Kämpfe gegen Privatisierung wie für politische Partizipation in Betrieben und staatlichen Institutionen, von ökologischen Gruppen, sowie den Ländern des globalen Südens zu verbinden.¹¹

Mit den Folgen des Niedergangs ganzer Industriekulturen gibt es in den hochindustrialisierten Ländern viele Erfahrungen, vor allem bei Stahl und Bergbau. Ein solcher Strukturwandel bedeutet auch, dass Menschen ihre gewohnte Arbeit zum Teil verlieren werden. Insofern ist es notwendig Übergänge zu schaffen, die gewerkschaftlichen Erfahrungen mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften aufzu-

greifen, betriebliche und staatliche Mittel dafür zu mobilisieren. Angesichts der Notwendigkeit zur Schrumpfung von Produktionen sind darauf aufbauend Strategien einer *just transition*, eines sozialen Übergangs zu entwickeln. Dies heißt auch, dass andere Bereiche zunächst wachsen müssen, bei relativer Entkopplung vom stofflichen Wachstum. Ein solches *qualitatives* Wachstum ist *übergangsweise* nicht zuletzt aufgrund der Defizite in vielen Bereichen der Reproduktion notwendig – dies gilt vor allem für Länder des globalen Südens. Die Reproduktionsarbeit im weiten Sinne ins Zentrum eines Transformationsprojektes zu stellen, ermöglicht eine Abkehr vom Fetisch Wachstum – und stellt damit zugleich mittelfristig die kapitalistische Produktionsweise in Frage. Letztlich wird damit die Frage aufgeworfen, wer über den Einsatz der Ressourcen in der Gesellschaft entscheidet und welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind – nicht durch immer weitere Ausdehnung warenförmiger Lohnarbeit und Mehrwertproduktion, sondern durch Ausdehnung kollektiver und kooperativer Formen der Arbeit, orientiert an der Effizienz zum Beitrag menschlicher Entwicklung, zum Reichtum allseitiger menschlicher Beziehungen, der Verfügung über Zeit. Dazu braucht es auch Elemente partizipativer Planungsprozesse, *consultas populares* und *peoples planning processes*, demokratischer Räte. Insofern geht es auch um eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit zugunsten reproduktiver Arbeit, aber auch weil politische Partizipation und Selbstorganisation Zeitressourcen erfordern. Es geht um eine radikale Demokratisierung von staatlichen wie ökonomischen Entscheidungen.¹²

Ein flankierendes internationales Einstiegsprojekt wäre zum Beispiel eine weiterentwickelte International Clearing Union zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte durch Hilfen und Sanktionen nicht nur für Defizit-, sondern auch und gerade für Überschussländer.¹³ Dies fördert die Orientierung auf die Entwicklung der Wirtschaft im Innern, ihre Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Bevölkerung statt auf jene des Weltmarktes – ohne protektionistische Maßnahmen. Darüber hinaus sollten internationale, regionale und nationale Maßnahmen getroffen werden, um die enormen Summen überakkumulierten, verzweifelt nach profitabler Anlage suchenden Kapitals abzuschöpfen (durch internationale Finanzabgaben

¹¹ Ausführlich Mario Candeias: Von der fragmentierten Linken zum Mosaik, in: *Luxemburg*, Heft 1, 2010, S. 6–17 ¹² Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird zusammen mit der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke in Kooperation mit Gewerkschaften, Umweltgruppen, globalisierungskritischen und feministischen Bewegungen, WissenschaftlerInnen etc. einen internationalen Kongress *auto.mobil.krise zur Konversion von Exportindustrie und Automobilgesellschaft* veranstalten, um Gemeinsamkeiten und konkrete Projekte zu entwickeln: Stuttgart, 28.–30.10.2010. ¹³ Im Gegensatz zu den einseitigen Struktur Anpassungsmaßnahmen des IWF für Schuldnerländer zielt eine International Clearing Union auf ein symmetrisches, auf den Ausgleich beider Seiten gerichtetes System. Es «bürdet sowohl dem Gläubiger- als auch dem Schuldnerland einen Teil der Verantwortung für die Anpassung auf. [...] Das Ziel besteht darin, dem Gläubiger nicht zu erlauben, einfach passiv zu bleiben. Denn wenn er dies tut, wird dem Schuldner, der ohnehin schon aufgrund der Schulden in einer schwächeren Position ist, eine untragbar große Last auferlegt», so Keynes (1943/1980, 117). Die Länder mit einem Handelsüberschuss würden am Jahresende auf ihrem Konto bei der ICU ein Guthaben, die Konten der Länder mit Handelsdefizit ein Soll ausweisen. Statt aber, wie allgemein üblich, ein Guthaben mit Habenzinsen und ein Soll mit Sollzinsen zu belegen, sollte genau das Gegenteil der Fall sein. Überschüsse, d. h. Guthaben bei der ICU, wären ebenso wie die Defizite durch eine progressive Strafsteuer entwertet worden, so dass im System eine Tendenz zur Verringerung von Ungleichgewichten eingebaut gewesen wäre. Außerdem wären Obergrenzen für die Guthaben bei der ICU festlegen. Ein Land dürfte auf diese Weise bei der Clearing Union maximal Guthaben bis zur Summe seiner durchschnittlichen jährlichen Im- und Exporte ansammeln. Darüber hinausgehende Guthaben werden automatisch enteignet und den Währungsreserven der ICU zugeführt werden. Ausführlich Philipp Hersel, Axel Troost: *Keynes global – Neuordnung der Finanzmärkte*. Die Idee einer International Clearing union, in: Mario Candeias, Rainer Rilling (Hrsg.): *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin 2009, S. 199–29; weitergehende Vorschläge zur Reform der Finanzmärkte vgl. Peter Wahl: *Radikaler Realismus*. Positionierung emanzipatorischer Politik in der kommenden Reformperiode, in: ebenda, S. 130–42.

und stärkere Besteuerung).¹⁴ Zum Teil müssen erhebliche Summen (insbesondere fiktiven) Kapitals auch kontrolliert vernichtet werden (durch Verbot sog. strukturierter Wertpapiere und Derivate, von Verbriefung von Krediten, Hedge Fonds etc.). Einnahmen aus internationalen Finanzabgaben sind für Reparationen an den globalen Süden infolge der ökonomischen und ökologischen Ausbeutung des Nordens zu verwenden. Die regional und national abgeschöpften Kapitale sind vorwiegend für eine sozial-ökologische Konversion der Industriegesellschaften durch Ausbau des Öffentlichen einzusetzen.

Nur in einer transformatorischen Perspektive lassen sich die unterschiedlichen, zum Teil gegensätzlichen Interessen zu einem gemeinsamen Projekt verbinden. Eine solche revolutionäre Realpolitik (Rosa Luxemburg), ein sozial-ökologisches, gar sozialistisches Projekt wird auf Widerstände treffen, mag unrealistisch erscheinen. Doch auch ein «Weiter so» erscheint angesichts globaler Ungleichgewichte und Überakkumulation, der Verschiebung politischer und ökonomischer Macht in der Welt, ökologischer Krisen und sozialer Unruhe nicht weniger unrealistisch. Wir stehen erst am Beginn einer neuen Transformation *im* oder *jenseits* des Kapitalismus. Ersteres ist wahrscheinlicher. Doch es ist nichts entschieden.

¹⁴ Dazu gehören die Beendigung weiterer Liberalisierungsvorhaben etwa im Rahmen von WTO oder EU, die Verschärfung und Deprivatisierung von Banken- und Finanzkontrollen, die Schließung von Steuerparadiesen und off-shore-Zentren, die Einführung von Börsenumsatzsteuern und Kapitalverkehrskontrollen, Konzepte für zukunftsorientierten Konjunktur und Investitionsprogramme oder ein neues UN-basiertes Bretton-Woods-Abkommen, das Kapital- und Technologietransfers, einen Ausgleich der Leistungsbilanzen, ökologische Entwicklung, soziale und politische Mindeststandards global gewährleistet.

BEITRÄGE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ZUM THEMA:

Mehring1, Das Blog des Instituts für Gesellschaftsanalyse der RLS, <http://ifg.rosalux.de/>

Für ein linkes Mosaik, LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 1, 2010 mit Beiträgen von Boa Sousa Santos, Edgardo Lander, Angela Klein, Michael Löwy, Hans-Jürgen Urban, Franziska Wiethold, Bernd Riexinger, Ara Wilson u. a.; www.zeitschrift-luxemburg.de/

Debatte Green New Deal, LuXemburg, Heft 1, 2009, Beiträgen von Wolfgang Sachs, Tazio Müller und Stephan Kaufmann, Frieder Otto Wolf, S. 141-59, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/LUXEMBURG/LUXEMBURG_1_2009.pdf

Klima-Crash und Wirtschaftskrise. Wie weiter mit dem Wachstum, Debatte mit Frithjof Capra u. Hazel Henderson, Andreas Exner, Sabine Reiner, hgg. von Mario Candeias, Reihe *papers*, 11/2009, Rosa-Luxemburg-Stiftung; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls-papers_Klima-Crash-Wachstum_0911.pdf

Stephan Kaufmann, Tazio Müller: *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*, Reihe *einundzwanzig*, Bd. 2, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2009; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/R21GruenerKapitalismus.pdf

The Last Conjuncture. Organic Crisis and «postneoliberal» Tendencies, von Mario Candeias, Reihe *policy paper*, 4/2009, Rosa-Luxemburg-Stiftung; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/pp_4-09_Candeias.pdf

Passive Revolutionen vs. sozialistische Transformation, von Mario Candeias, Reihe *papers*, 12/2009, Rosa-Luxemburg-Stiftung; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/rls-paper-Candeias_2010.pdf

Eine zweite große Transformation und die Linke, von Dieter Klein, Reihe *kontrovers*, 01/2010, Rosa-Luxemburg-Stiftung; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers/kontrovers_01-2010_web.pdf

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de